

lichkeitswirksames Zeichen dafür, dass die Bundesregierung die Wichtigkeit eines fundamentalen Kurswechsels in der Arbeitsmarktpolitik erkannt hatte. *Hassel* und *Schiller* arbeiten deutlich heraus, dass das Kanzleramt die Steuerung der Hartz-Kommission an sich zog und damit in einer zentralen Frage ihre exekutive Führerschaft untermauerte. Wie die Autoren hervorheben, war bei der Formulierung der Agenda 2010 hingegen nicht etwa das Kanzleramt federführend, sondern vor allem das Bundesministerium für Arbeit. „Bis heute hält sich hartnäckig das Gerücht“, so *Hassel* und *Schiller*, „die Hartz-IV-Reform sei in Wirklichkeit vom Kanzleramt erdacht und konzipiert worden“ (229). Seit dem Regierungswechsel 1998 hatte sich eine Gruppe von SPD-Politikern und Gewerkschaftern unter Beteiligung der Ministerialbürokratie als eine „informelle Reformkoalition“ (294) formiert. Dieses Bündnis erdachte eine Reihe von Reformimpulsen und agierte im Laufe des Agenda-Prozesses als treibender Akteur. Auf der politischen Ebene setzte sich schließlich Bundeskanzler Schröder an die Spitze der Bewegung, da er die Dringlichkeit arbeitsmarktpolitischer Reformen erkannt hatte. Als er am 14. März 2003 die Agenda 2010 in einer programmatischen Bundestagsrede vorstellte, waren weite Teile der SPD und der Gewerkschaften – wie es einer der interviewten Gesprächspartner zu Protokoll gibt – „kalt erwischt“ (250) worden.

Für *Hassel* und *Schiller* markieren die unter der rot-grünen Bundesregierung eingeleiteten Reformen erst den Beginn eines längeren Umbaus des deutschen Wohlfahrtsstaates. Angesichts der Auswirkungen der Finanzkrise, des demographischen Wandels und des Zwangs

zur Haushaltskonsolidierung waren diese Reformen „nicht mehr als der erste Akt eines sich noch zu entfaltenden Dramas“ (293). Mit der vorliegenden Studie gelingt es den Autoren, kenntnisreich und detailliert die Entstehungsgeschichte einer der größten Reformanstrengungen der letzten Jahre nachzuzeichnen. In ihrer Analyse dringen sie in die Tiefenschichten des deutschen Sozialstaates vor und zeigen, wie sehr der traditionell inkrementale Politikstil der Arbeitsmarktpolitik den Veränderungsdruck über Jahre hat steigen lassen.

Der politikwissenschaftliche Ertrag des Buches wäre sicher höher ausgefallen, wenn die Autoren ein theoretisch informiertes Konzept als Analyserahmen gewählt hätten. So ließe sich mit Hilfe des akteurszentrierten Institutionalismus oder des „cabbage can model“ Licht in das Dickicht der Entscheidungen auf dem Weg zur Agenda 2010 bringen. Trotz dieser Einschränkung illustriert das Buch sehr deutlich die hohe Steuerungsfähigkeit der Bundesregierung auf dem Feld der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die Agenda 2010 mit ihrem Kernstück Hartz IV stellt einen radikalen Bruch auf einem Politikfeld mit festgefügtten Akteurskonstellationen und unabänderlich geglaubten Verteilungsinteressen dar.

Helge F. Jani

Schöne, Helmar. *Alltag im Parlament. Parlamentskultur in Theorie und Empirie*. Baden-Baden. Nomos 2010. 418 Seiten. 59 €.

Helmar Schöne gibt mit seiner Habilitationsschrift einen tiefen Einblick in die alltäglichen Prozesse des Deutschen

Bundtages sowie des Sächsischen Landtages. Die gewonnenen Erkenntnisse nutzt er, um Denk- und Handlungsmuster im Sinne einer Parlamentskultur herauszuarbeiten.

Der erste von insgesamt fünf Teilen leitet in den Bereich der Parlamentskulturforschung ein. *Schöne* plädiert dabei für einen interpretativen Ansatz, der auch kollektive Denkmuster und Verhaltenspraktiken in den Blick nimmt. Dies ist als Ergänzung zum empirisch-analytischen Ansatz zu verstehen, der sich auf die Erhebung von Einstellungen und Orientierungen fokussiert. Insgesamt geht es *Schöne* darum, einen heuristischen Bezugsrahmen für Mikroanalysen in der Politikwissenschaft zu schaffen, der sich aus der Parlamentskulturforschung, der Ethnomethodologie, der Wissens- und Alltagssoziologie sowie aus ersten Ideen einer Mikropolitologie speist. Die daraus abgeleitete konzeptionelle Perspektive sieht *Schöne* als Basis für Forschungsdesigns, „mit denen sich kommunikative Praktiken bzw. Denk- und Handlungsmuster rekonstruieren lassen und die es ermöglichen, politisches Handeln aus der Perspektive der handelnden Akteure zu verstehen“ (32).

Der zweite Teil befasst sich mit methodischen Fragen, die *Schöne* bewusst als weiteres Erkenntnisinteresse seiner Arbeit formuliert. Die aus seiner Sicht in der Politikwissenschaft bisher wenig reflektierte Methode der teilnehmenden Beobachtung wird in der vorliegenden Studie mit qualitativen Leitfadeninterviews kombiniert. Um eine verstärkte Nutzung und Debatte um ethnographische Methoden in der Politikwissenschaft zu erreichen, legt *Schöne* die Erhebungsphase der Studie ausführlich dar und reflektiert die Erfahrungen aus dem Feld. Dadurch wer-

den Herausforderungen offen diskutiert, wie beispielsweise der Einfluss des Feldforschers durch seine Anwesenheit in Sitzungen, die langwierigen Beobachtungsphasen und die systematische Auswertung unstrukturierter Daten.

Der dritte Teil konzentriert sich auf die Abläufe im Parlamentsalltag und die Perzeptionen der darin arbeitenden Parlamentarier, die aus den geführten Interviews abgeleitet werden. Abgeordnete verbinden mit ihrem Parlament in erster Linie Gremienarbeit und bestimmte Funktionen, also einen Arbeitsplatz. Diese erst einmal ernüchternde, weil wenig Pathos verratende Erkenntnis erklärt sich aus den weiteren Ausführungen *Schönes*. Darin wird deutlich, dass sich Abgeordnete an die spezialisierte Arbeitsteilung anpassen müssen, um ihre Karriere voran zu bringen und ihren Alltag zu bewältigen. Dies lässt keinen Platz mehr für „idealistische Verklärungen des Parlaments“ (105).

Der vierte Teil wendet sich den konkreten Arbeitsprozessen im Parlament und den beobachteten Verhaltensdeterminanten zu. Es geht um die Durchsetzung von Interessen in Arbeitskreisen und Fraktionen, die Bearbeitung von Dissens und den Einfluss von formalen Regeln auf die Abgeordnetentätigkeit. Besonderes Augenmerk legt *Schöne* auf eine „Topografie informellen Handelns“ (179). Er arbeitet heraus, dass neben den formalen eben auch informelle Regeln das Handeln der Abgeordneten strukturieren, da diese ein hohes Sanktionspotenzial besitzen. „Wer sich beispielsweise nicht als vertrauenswürdig erweist oder mehrfach öffentlich gegen die gemeinsame Fraktionslinie verstößt, der wird an Akzeptanz verlieren und sich in seiner Frakti-

on sozial isolieren“ (204). Darüber hinaus arbeitet *Schöne* den Umgang der Abgeordneten mit gesellschaftlichen Gruppen heraus und stellt unter anderem fest, dass der Zugang zu öffentlichkeitswirksamen Medien in den Fraktionen strikt hierarchisch geregelt ist.

Der fünfte Teil widmet sich den Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften der Fraktionen. Hier kommen vor allem die Ergebnisse der teilnehmenden Beobachtung zum Tragen, durch die ein seltener Einblick in die interne Arbeit der Fraktionen gegeben wird. *Schöne* beschreibt die tatsächliche Arbeitsteilung zwischen Berichterstattern für bestimmte Gesetze, Obleuten in den Ausschüssen und den Arbeitskreisvorsitzenden. Er betont dabei, dass die Arbeitskreise der Fraktionen nicht auf die in der Literatur meist benannten Vorbereitungsfunktion beschränkt sind, sondern dass dort die letztendlich bindenden Entscheidungen getroffen werden. Seine detaillierten Beobachtungen in Beispielsarbeitskreisen offenbaren vielfältige Praktiken wie bestimmte Sitzordnungen, Argumentationsrituale oder Konfrontationsphasen. *Schöne* arbeitet unterschiedliche Aspekte heraus, die die Arbeit in den Arbeitskreisen beeinflussen. So spielt die Homogenität der Mitglieder genauso eine Rolle wie die inhaltlichen Schwerpunkte und die spezifischen Erwartungen an eine Regierungs- bzw. Oppositionsfraktion. Insgesamt legt *Schöne* eine beeindruckende Arbeit vor, die allein durch die systematische Beschreibung des Arbeitsalltages von Parlamentariern einen wertvollen Beitrag zur Parlamentarismusforschung leistet. Die theoretischen Ausführungen *Schönes* spiegeln in Bezug auf die Zusammenführung sehr heterogener Forschungsperspektiven

die (noch) junge Forschungstradition politikwissenschaftlicher Mikroanalysen wider. Trotz der breiten Darstellung fällt auf, dass der gesamte Bereich der „Mikropolitik“, der in der soziologischen und ökonomischen Organisationsforschung eine längere Tradition hat, nicht thematisiert wird, obwohl die heuristische Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Überall dort, wo organisierte soziale Systeme Gegenstand der Forschung sind, wird Mikropolitik, also das Handeln von Akteuren in Handlungsspielräumen formaler Strukturen, untersucht. Mikropolitische Konzepte sind durchweg anschlussfähig an die Idee der Parlamentskultur und erweitern den eingeschränkten Parlamentsfokus. Politische Organisationen wie Parteien, Verbände oder Ministerialbürokratien bieten schließlich noch viel Potenzial für mikroanalytische Forschungsarbeiten.

Zu guter Letzt macht die Studie von *Schöne* deutlich, dass ethnographische Studien in der Politikwissenschaft einen hohen Erkenntnisgewinn haben können. Voraussetzung für eine stetige Etablierung und Professionalisierung qualitativer Methoden ist eine methodologisch reflektierte Anwendung. Auch dazu leistet *Schöne* einen wertvollen Beitrag, was sich hoffentlich auf zukünftige Forschungsdesigns auswirken wird.

Das sicherlich auch für Praktiker sehr erhellende, aber wahrscheinlich in Umfang und Preis dennoch eher nur der akademischen Leserschaft zugängliche Buch ist auf jeden Fall ein zentrales Werk der Parlamentarismusforschung. Praktiken des Alltags haben gerade durch ihren selbstverständlichen Charakter eine hohe Erklärungskraft für politische Phänomene. Sie zu entdecken und systematisch einzuordnen,

sollte in Zukunft verstärkt Beachtung finden.

Roland Willner

Politikfelder und Politikimplementationen

Menz, Georg, und Alexander Caviedes (Hrsg.). *Labour Migration in Europe*. Houndsmill, Basingstoke. Palgrave Macmillan 2010. 254 Seiten. 69.99 €.

Anliegen der Herausgeber *Georg Menz* und *Alexander Caviedes* ist es, das Thema Arbeitsmigration in Europa aus zwei nahe liegenden, jedoch selten zusammengeführten disziplinären Perspektiven zu beleuchten: der internationalen politischen Ökonomie (IPÖ) und der Migrationsforschung. In der IPÖ war die (Gastarbeits-)Migration vor allem in den 1970er Jahren Thema, heutzutage finden sich dazu jedoch wenige Publikationen. Für die politikwissenschaftliche Migrationsforschung dürfte es eine Herausforderung sein, dass der Blick auf den Staat als Gestalter von Migrationspolitik nicht (mehr) ausreicht, denn viele ArbeitsmigrantInnen kommen nicht über vom Staat kontrollierte Wege, sondern beispielsweise über die Intraunternehmensmobilität, die durch das General Agreement on Trade and Services der Welthandelsorganisation geregelt ist, oder sie leben und arbeiten unautorisiert. Das leitende Erkenntnisinteresse des Buches ist somit, dem Wandel von Mustern in der Arbeitsmigration auf die Spur zu kommen. Als erklärungsbedürftig werden erachtet: die sich ausweitende Anwerbung von Hochqualifizierten in Industriestaaten, Europäisierungseffekte wie die Dienstleistungsfreizügigkeit und

Veränderungen in den südlichen Mitgliedsstaaten, die Frage wie nationale und europäische Formen des Migrationsmanagement begründet und umgesetzt werden sowie der Umgang mit irregulärer Migration.

Im ersten Teil sind konzeptionelle Einschätzungen zur Rolle von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften versammelt. Eine der aufgeworfenen theoretischen Fragen besteht darin, ob sektorale Tendenzen in der Arbeitsmigration und Migrationspolitik bestimmend sind oder ob vielmehr die nationalstaatliche politische und ökonomische Konfiguration entlang der Typen des Varieties of Capitalism-Ansatzes (VoC) entscheidend ist. Der VoC-Ansatz unterscheidet zwischen liberalen und koordinierten Marktwirtschaften. *Georg Menz* testet die vom VoC-Ansatz ausgehenden These, dass sich die Interessen und Positionen von Arbeitgeberverbänden bezüglich Migrationspolitiken gemäß den Besonderheiten nationaler Produktionssysteme artikulieren (25, 31). Demnach kann erwartet werden, dass sich nicht alle Arbeitgeberverbände gleichermaßen für liberalere Arbeitsmigrationsregelungen einsetzen, sondern ihre spezifischen Forderungen (nach beispielsweise un- oder hochqualifizierten MigrantInnen) je nach System, in dem sie eingebettet sind, unterscheiden (28). Er muss nach einem knappen empirischen Durchgang durch die für den VoC-Ansatz als idealtypisch geltenden Fälle Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Polen feststellen, dass sich die Ausgangsthese nicht halten lässt. Dieser Befund spricht für den von *Alexander Caviedes* gewählten Ansatz, sich die Sektoren näher anzusehen, in denen viele MigrantInnen beschäftigt sind. So kann er nachweisen, dass in den beiden Sek-